

Maßnahmen für eine zukunftsfähige Pflege

Erarbeitet durch ambulante und stationäre
Altenhilfeeinrichtungen der Caritas im Bistum Münster

Der Pflegenotstand in der (teil-)stationären und ambulanten Altenhilfe fordert Veränderungen. Unsere Vorschläge auf einen Blick. Wir brauchen ...

Bessere Arbeitsbedingungen

- » Ermöglichung und Refinanzierung neuer und flexiblerer Arbeitszeitmodelle
- » Belastungsgerechte Regelungen im Alter
- » Gleiches Geld für gleiche Arbeit unter gleichen Bedingungen

Mehr Arbeitskräfte

- » Faires und niedrigschwelliges Zuwanderungsgesetz
- » Kompetenzmix beim Personal

Entlastung der Pflegerkräfte

- » Qualitätsprüfungen abspecken
- » Bürokratie tatsächlich abbauen

Maßnahmen für eine zukunftsfähige Pflege

Bessere Arbeitsbedingungen

Damit Menschen in den Pflegeberuf (wieder) einsteigen, muss die Branche attraktiv sein. Eine gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit, die von Menschen für Menschen erbracht wird und nicht an Maschinen delegiert werden kann, erfordert besondere Rahmenbedingungen. Dazu gehören **neue und flexiblere Arbeitszeitmodelle, die rechtlich ermöglicht und refinanziert werden müssen** (z.B. 4-Tage-Woche, 12-Stunden-Schichten). Die Arbeit in der Pflege ist darüber hinaus mit einer körperlich und psychisch hohen Belastung verbunden, die **entsprechende Regelungen im Alter** erfordert – vergleichbar z.B. mit dem Bergbau (frühere Regelaltersgrenze, höhere Rentenpunkte). Die Praxis zeigt, dass Pflegekräfte auf Grund dieser Belastung nicht bis 67 durchhalten, sondern verfrüht und vermehrt aus den Einrichtungen ausscheiden und dann komplett in der Pflege fehlen. Diesen Trend gilt es dringend zu unterbrechen. In diesem Zusammenhang wird es absehbar auch nötig sein, das aktuelle System der Pflege einmal grundsätzlich in Frage zu stellen. Es braucht eine Offenheit für neue Ideen, die bestehende Dienste und Einrichtungen, die gesamte Gesellschaft und Strukturen des Sozialraums miteinander verknüpfen.

Zu den nötigen Rahmenbedingungen gehört auch der Grundsatz „**Gleiches Geld für gleiche Arbeit unter gleichen Bedingungen**“, der für alle Einsatzbereiche der Pflege gelten muss. Hier besteht momentan die dringende Notwendigkeit, Leiharbeit zu reglementieren, die aktuell mit übertariflichen Gehältern, Dienstwagen und selektiven Wunsch-Diensten Mitarbeitende aus Einrichtungen abwirbt. Dadurch werden personelle Strukturen der sozialen Dienstleistung „Pflege“ angegriffen, die nur solidarisch und gemeinsam funktionieren können. Diese ungleichen Rahmenbedingungen gehen aber nicht nur auf Kosten des Betriebsfriedens in den Einrichtungen, sondern stellen auch eine nicht vertretbare Verschiebung von Geldern aus den Pflegekassen an die profitorientierte Privatwirtschaft dar.

Mehr Arbeitskräfte

Deutschland braucht pro Jahr 400.000 zuziehende Arbeitskräfte, um den Lebensstandard halten zu können (Bundesagentur für Arbeit). Auch die Pflege ist dringend auf Arbeitskräfte von außen angewiesen. Damit hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer fair, sicher und schnell zusammenkommen können, braucht es ein **kluges Zuwanderungsgesetz**. Um mit den vorhandenen Kräften in der Altenhilfe mittel- und langfristig eine ausreichende Versorgung der alternden Gesellschaft sicherstellen zu können, ist außerdem ein

flexibler und vielseitiger Kompetenzmix beim Personal nötig. Eine gute Versorgung basiert nicht nur auf Fachkräften, sondern auch auf Assistenzkräften, Hauswirtschaftskräften, Alltagsbegleiter:innen etc.

Die Einrichtungen und Dienste wissen auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung, was es an welcher Stelle braucht, und sollten dies in großer Eigenverantwortung umsetzen können.

Entlastung der Pflegekräfte

Die Qualitätsprüfungen in der Altenhilfe durch den Medizinischen Dienst und die Heimaufsicht haben in Deutschland groteske Züge angenommen. Es wird an der offensichtlichen Zufriedenheit von Bewohner:innen und Klient:innen vorbeigeprüft und ohne Abstimmung doppelt geprüft. Um Pflegekräfte merklich zu entlasten, braucht es **längere Prüfintervalle, geringere Prüfumfänge und eine einheitliche Prüfung durch die zuständigen Behörden.**

Ein Weg weg von reiner Defizitsuche und hin zu Kooperation und echter Beratung ist geboten, damit wieder eine tragbare Vertrauenskultur entstehen kann.

Entscheidend muss am Ende die Zufriedenheit der Bewohner:innen und Klient:innen sein – nicht das vorhandene oder fehlende Handzeichen in der Dokumentation.

An vielen Stellen schon häufig versprochen, hat die **Entbürokratisierung** bislang immer nur zu mehr Verwaltungsaufwand geführt. Hier braucht es eine ernsthafte **Revision der Dokumentationspflichten**: Was ist für das Wohlergehen der gepflegten Menschen tatsächlich wichtig? Was kann weg, damit mehr Qualitätszeit für die Menschen bleibt? Was spricht z.B. gegen einen „doku-freien Sonntag“ im Altenheim?

HINTERGRUND Der Pflegenotstand in der stationären und ambulanten Altenhilfe fordert Veränderungen. Eine sichere Versorgung pflegebedürftiger Menschen ist nicht länger gewährleistet. Altenhilfeeinrichtungen und -dienste sind flächendeckend mit dieser Herausforderung konfrontiert. 24 Träger der Caritas im Bistum Münster haben gemeinsam Schritte erarbeitet, um die Situation zu entschärfen. Diese Schritte fordern auch eine Umsetzung und Unterstützung auf politischer Ebene. Zur Caritas im Bistum Münster zählen 205 Einrichtungen der stationären Altenpflege, 100 ambulante Pflegedienste und 115 Tagespflegeeinrichtungen. Wir sind mit unseren Diensten täglich für 26.000 Menschen da.